

Klimaaktivist verurteilt: 2100 Euro für Farbanschlag auf Rathaus!

Ein Klimaaktivist wurde nach einem Farbanschlag auf das Hamburger Rathaus 2023 zu 2100 Euro Geldstrafe verurteilt und zeigt Zweifel an seiner Protestaktion.



Hamburger Rathaus, Hamburg, Deutschland - Ein Klimaaktivist wurde am Montag wegen eines Farbanschlags auf das Hamburger Rathaus verurteilt. Das Amtsgericht sprach den 26-Jährigen der gemeinschädlichen Sachbeschädigung schuldig und verhängte eine Geldstrafe von 2100 Euro. Der Farbanschlag ereignete sich im März 2023, einen Tag vor dem Besuch von König Charles III. Die Aktion, bei der das Rathaus mit orangeroter Farbe besprüht wurde, sorgte für Kosten in Höhe von über 17.000 Euro für die Stadt, die nun den Aktivisten auf Schadenersatz verklagt hat.

Der Angeklagte gab zu, die Tat gemeinsam mit einem Komplizen durchgeführt zu haben, äußerte jedoch Zweifel an der

Richtigkeit der Protestaktion. In der Hauptverhandlung entschuldigte er sich sogar bei einer Passantin, die von den Farbspritzern getroffen wurde, obwohl er dafür nicht belangt wurde. Zudem hatte er gegen einen vorhergehenden Strafbefehl mit einer niedrigeren Geldstrafe Einspruch eingelegt, da er beim ersten Prozess nicht erschienen war.

Reaktionen und juristische Kontext

Der Vorsitzende Richter zeigte Verständnis für die Beweggründe der Aktivisten, betonte jedoch, dass die gewählte Methode nicht angemessen sei. Der Angeklagte hat bereits Vorstrafen wegen Sachbeschädigung im Zusammenhang mit Klimaprotesten, was möglicherweise seine Verurteilung beeinflusst hat. In der politischen Diskussion um den Vorfall gibt es unterschiedliche Ansichten über die Konsequenzen solcher Protestaktionen. Hamburgs Innensenator und der CDU-Chef vertreten verschiedene Sichtweisen zu den Methoden der „Letzten Generation“.

Die „Letzte Generation“, die sich als Reaktion auf gesellschaftliche und juristische Spannungen im Frühjahr 2025 in „Neue Generation“ umbenannte, hat sich das Ziel gesetzt, eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft zu schaffen. Diese Bewegung distanziert sich jedoch nicht vollständig von früheren Aktionen. Am vergangenen Wochenende versuchten Mitglieder, eine Druckerei des Verlagshauses Springer in Berlin-Spandau zu blockieren, was zeigt, dass die Protestaktionen in der Gesellschaft weiterhin für Aufsehen sorgen.

Kontext der Klimaproteste

Aktivismus für den Klimaschutz hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die „Letzte Generation“ gilt seit ihrer Gründung im Jahr 2021 als eine der einflussreichsten Bewegungen in Deutschland, die durch zivilen Ungehorsam auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes aufmerksam zu machen versucht. Auch andere Gruppen, wie „Fridays for Future“ und „Extinction

Rebellion“, sind dieses Jahr aktiv. Laut ARD-Umfragen sind zwar 44% der Befragten der Meinung, dass schnellerer Klimaschutz notwendig ist, jedoch lehnt eine Mehrheit (85%) die Methoden der „Letzten Generation“ ab.

Jüngste Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass radikale Aktionen keinen negativen Backfire-Effekt haben und sogar die Bereitschaft zur Unterstützung von Klimamaßnahmen erhöhen können. Dennoch sind die konkreten Erfolge und politischen Veränderungen schwierig nachzuverfolgen, was zu einer Spaltung innerhalb der Bewegung führt. Vital ist es, dass die Umwelt- und Klimabewegung das Thema Klimaschutz aktuell im politischen Diskurs hält und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit aufrechterhält.

Die Diskussion um die Effektivität solcher Protestformen wird weiterhin anhalten, ebenso wie die Debatten über deren legale und moralische Implikationen.

Welt berichtet

NDR berichtet

Tagesschau berichtet

Details	
Vorfall	Vandalismus
Ursache	gemeinschaftliche Sachbeschädigung
Ort	Hamburger Rathaus, Hamburg, Deutschland
Verletzte	1
Festnahmen	1
Schaden in €	17000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.welt.de• www.ndr.de• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net